

Gedanken zum demokratischen Zentralismus

Der demokratische Zentralismus - Grundlage des Organisationsaufbaus unserer Partei

Die Festigung des demokratischen Zentralismus ist für die weitere Entwicklung unserer Partei, für den Sieg des Sozialismus äußerst bedeutsam. Die in der Parteiorganisation unserer Universität, insbesondere an der Fakultät für Ingenieurwissenschaften, in der letzten Zeit geführten Auseinandersetzungen mit feindlichen

Auffassungen zeigen, daß es notwendig ist, hierüber volle Klarheit zu schaffen. Der nachstehende Artikel befaßt sich deshalb mit einigen wesentlichen Fragen des demokratischen Zentralismus als der Grundlage des Organisationsaufbaus unserer Partei.

XXII. Parteitag leitet neue Etappe ein

Der XXII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion ist für alle Genossen und Grundorganisationen unserer Partei zum Ausgangspunkt neuer, größerer Aktivität im Kampf um den Sieg des Sozialismus geworden. Genosse Walter Ulbricht führte aus, daß dieser Parteitag unserer sowjetischen Bruderpartei und das auf ihm angenommene neue Parteiprogramm ein Lehrbuch für den Aufbau des Sozialismus/Kommunismus darstellen. Gegenwärtig studieren Millionen Werktätige - Kommunisten, Parteimitglieder, Sozialdemokraten und viele andere Menschen - diese ausgezeichnete Anleitung für den Aufbau einer von Ausbeutung, Unterdrückung und Krieg freien Welt.

Leninsche Normen des Parteilebens einhalten

Der XXII. Parteitag der KPdSU vermittelt uns sehr bedeutsame Erkenntnisse für den Parteiaufbau und die unmittelbare Gestaltung der Parteiarbeit. Dabei sind das neue Statut der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und die vom Genossen Frol Kowlow zu seiner Begründung gehaltenen Rede wichtige Studienmaterialien für alle Genossen. Das 14. Plenum des Zentralkomitees stellte hierzu in seinem Beschluß fest:

„Die wichtigste Lehre des XXII. Parteitages für die weitere Entwicklung unserer Partei besteht darin, daß die Leninschen Normen des Parteilebens strikt eingehalten, der demokratische Zentralismus gestärkt, die Kollektivität der Leitung gesichert und die Verbindungen der Partei mit den Massen verstärkt werden.“

Der Gegner richtet gegenwärtig wütende Angriffe gegen unsere Parteiführung. Dabei greift er auch die Grundlage des Organisationsaufbaus unserer Partei, den demokratischen Zentralismus, an. Das ist seit langem ein wichti-

ges Feld des ideologischen Klassenkampfes. Unsere Partei ist der organisierte Vortrupp der Arbeiterklasse und führt in einem festen Klassenbündnis alle Werktätigen. Die Angriffe des Gegners zielen darauf ab, ideologische Zersetzung und organisatorische Zerfahrenheit in unsere Partei zu tragen; denn im demokratischen Zentralismus liegt ein wesentlicher Grund für den Einfluß und die Stärke unserer Partei.

Der demokratische Zentralismus ist ein unabdingbares Merkmal einer Partei neuen Typus. Er wurde von Lenin im Kampf gegen die Reformisten der II. Internationale theoretisch begründet und im praktischen Aufbau der Partei der Bolschewiki durchgesetzt. In seinem Buch „Was tun?“, formulierte Lenin wesentliche Grundsätze des demokratischen Zentralismus. Dazu gehören, wie Lenin hervorhebt, „erstens die vollständige Publizität und zweitens die Wählbarkeit aller Funktionäre“. Beide Dinge gehören eng zusammen und geben die Gewähr, daß die Partei von den besten und fähigsten Funktionären geführt wird. Diese „natürliche Auslese“ durch die volle Publizität, durch die Wählbarkeit und die allgemeine Kontrolle gibt die Sicherheit, daß jeder Parteimitarbeiter schließlich „auf dem richtigen Fleck“ steht, daß er die seinen Kräften und Fähigkeiten am meisten entsprechende Arbeit übernimmt, alle Folgen seiner Fehler an sich selbst erfährt und vor aller Augen seine Fähigkeit beweist, Fehler einzusehen und zu vermeiden.“ (W. I. Lenin, Ausgewählte Werke in zwei Bänden, Bd. I, Berlin 1953, S. 289 ff.)

Verwirklichung der Parteibeschlüsse erfordert straffe Parteidisziplin

Hier wird der Grundsatz der innerparteilichen Demokratie, der demokra-

tischen Beratung, Beschlussfassung und Kontrolle formuliert. Das ist die eine Seite des demokratischen Zentralismus. Die andere Seite besteht in der strengen Parteidisziplin, in der unbedingten Durchführung der Parteibeschlüsse. Kurz und prägnant legte Lenin diese Gedanken in seiner Arbeit „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ dar:

„Die Einheit in Fragen des Programms und in Fragen der Taktik ist eine notwendige, aber noch nicht genügende Bedingung für die Vereinigung der Partei, für die Zentralisierung der Parteiarbeit... Für diese Vereinigung ist noch die Einheit der Organisation notwendig, die in einer aus dem Rahmen eines Familienkreises halbwegs herausgewachsenen Partei undenkbar ist ohne ein festgestelltes Statut, ohne die Unterordnung der Minderheit unter die Mehrheit, ohne die Unterordnung des Teiles unter das Ganze.“ (Ebenda, S. 290.)

Die Partei ist stark und kann die kompliziertesten Probleme lösen, wenn es in allen Bereichen gelingt, dieses Prinzip des demokratischen Zentralismus durchzusetzen. Gerade die konsequente Entwicklung des demokratischen Zentralismus gibt den Genossen die Möglichkeit, all ihre Kräfte und Fähigkeiten in der Arbeit für die Interessen der Partei zu entwickeln. Wir gehen davon aus, daß die Partei ein freiwilliger Kampfbund Gleichgesinnter ist, die ein gemeinsames Ziel, die Errichtung des Sozialismus/Kommunismus, verbindet. Wer mit diesem Ziel eng verbunden ist, dem wird die bewußte Unterordnung unter die Parteidisziplin, die Einordnung in das Kollektiv zu einem Bedürfnis werden. Lenin hebt in dem zuletzt genannten Werk besonders hervor, daß alle Schwankungen und Angriffe auf den demokratischen Zentralismus ihre Ursache darin finden, daß die betreffenden Genossen von den Zielen der Partei abirren. Die Erfahrungen unserer Partei bestätigen das vollkommen.

Kein Konflikt zwischen Gefühl und Verstand

Die Stärke der Partei beruht auf dem Vertrauen der Genossen zueinander und auf dem Vertrauen aller Genossen zu unserer Führung. Der Gegner versucht nun, den Menschen weiszumachen, daß es sich hierbei um die Forderung nach einem blinden Vertrauen handle, das bei denkenden Menschen unweigerlich einen Konflikt zwischen Gefühl und Verstand hervorruft. Wahrscheinlich verwechseln uns unsere Feinde hier z. B. mit dem Jesuitenorden. Unsere Partei legt ihr Ziel und den dazu einzuschlagenden Weg in verbindlichen Beschlüssen öffentlich dar. Es kann sich jeder davon überzeugen, wie sie insgesamt diese Beschlüsse in die Tat umsetzt und welchen Anteil der einzelne Genosse daran hat. Das Vertrauen hat so eine feste begründete Basis, die sich nicht allein in den gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder und Kandidaten ausdrückt, sondern auch darin, daß ein immer größerer Teil der parteilosen Menschen sich mit der Politik unserer Partei identifiziert und sie aktiv unterstützt.

Demokratischer Zentralismus bedeutet, wie bereits hervorgehoben wurde, unbedingte und exakte Durchführung aller Parteibeschlüsse. Im Parteistatut heißt es dazu:

„Für das Parteimitglied genügt es nicht, lediglich mit den Parteibeschlüssen einverstanden zu sein. Das Parteimitglied ist verpflichtet, dafür zu kämpfen, daß diese Beschlüsse in die Tat umgesetzt werden.“

Alle Genossen müssen schöpferisch arbeiten

Der XXII. Parteitag führt diesen Gedanken weiter. Es wird dort gesagt, daß die Pflicht des Kommunisten nicht nur in der Durchführung der Parteibeschlüsse besteht, sondern auch darin, nach Maßgabe seiner Fähigkeiten an der Ausarbeitung dieser Beschlüsse teilzunehmen. Diese Forderung trifft, wie das 14. Plenum des Zentralkomitees feststellte, auch mehr und mehr auf unsere Partei zu. Alle Genossen, die besten Arbeiter, Bauern, Wissenschaftler, Techniker und Kulturschaffenden sind aufgerufen, der Partei ihre Gedanken und Erfahrungen in noch größerem Umfang zur Verfügung zu stellen, damit sie in die Parteibeschlüsse eingehen können.

Haben auf dieser Grundlage die Behauptungen, die Parteibeschlüsse wären ein Hindernis für die Entfaltung einer breiten schöpferischen Initiative, weshalb man kritisch an sie herangehen müsse - und das um so mehr, je weiter „unten“ sie gefaßt würden - eine reale Grundlage? Solche Auffassungen sind dazu angetan, die Partei zu zersetzen, denn die Verwirklichung der Parteibeschlüsse geschieht in erster Linie durch die Arbeit in den Grundorganisationen. Die schöpferische Einbeziehung aller Genossen und eines großen Teils der parteilosen Werktätigen in die Ausarbeitung der Parteibeschlüsse setzt geradezu voraus, daß diese Beschlüsse konsequent und diszipliniert durchgeführt werden. Wer würde schon gerne alle seine Fähigkeiten und Kenntnisse an die Ausarbeitung von Beschlüssen wenden, wenn nicht gewährleistet ist, daß sie auch verwirklicht werden?

Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus

Im übrigen kann heute jedem gezeigt werden, wohin Opportunismus und Revisionismus in den Fragen des organisatorischen Aufbaus der Partei führte. Wir denken an die Entwicklung der Sozialdemokratischen Partei in Westdeutschland, die heute nicht mehr als Arbeiterpartei bezeichnet werden kann. Es war nicht zuletzt der Opportunismus in diesen Fragen, der es der Clique um Weber und Brandt ermöglichte, die SPD vollkommen den Interessen des deutschen Imperialismus unterzuordnen.

Über den jetzigen innerparteilichen Zustand der SPD kann uns vielleicht auch die Zeitschrift eines in dieser Frage sicher nicht übertreibenden, da anti-kommunistischen, Mannes an eine westdeutsche Zeitschrift belehren:

„Daß in der Partei Kurt Schumachers heute Leute das Regiment führen, deren Vorstellungen von Disziplin und Treue keineswegs der Tradition und geistigen Vergangenheit der deutschen Sozialdemokratie, sondern allenfalls denen eines Majors Remer entsprechen, ist nicht neu.“ („Der Spiegel“ vom 10. Januar 1962.)

Unsere Sozialistische Einheitspartei Deutschlands nimmt Kuts auf die Vollendung des sozialistischen Aufbaus. Sie ist bereits heute die stärkste Partei Deutschlands, was sie nicht zuletzt ihrem bewährten Leninschen Prinzip des demokratischen Zentralismus verdankt.

Keine außergewöhnliche Entwicklung



geworden, aber vor zehn Jahren war das noch anders. „Bis 1955 hatten wir nur Kühe als Zugvieh“, erlaube ich. „Da damals die Bestellung der Felder durch die MTS oft noch sehr zu wünschen übrig ließ, gingen viele kleine Bauern - auch meine Eltern - zum Großbauern. Für eine Stunde, die er uns ein Gespann überließ, mußte eine Person einen ganzen Tag lang in seinem Betrieb arbeiten.“

Es war klar, daß der Sohn armer Bauern unter anderen gesellschaftlichen Umständen niemals hätte studieren können. Dies begriff auch Martin Juchel. Und so verstand er immer tiefer, inwiefern unsere Republik die Zukunft ganz Deutschlands verkörpert.

Nach Absolvierung der Fachschule ging der junge Bauingenieur wieder in die Praxis zurück, und zwar in das Bezirksprojektierungsbüro Cottbus. Nun gehörte er schon nicht mehr zu jenen Zweiflern, die lachten, wenn von der großen und schönen Perspektive in der DDR gesprochen wurde. Jetzt wollte er selbst mithelfen, diese Perspektive zu verwirklichen. Aber das war leichter gedacht als getan. Da war ihr Belgardier im Projektierungsbüro, ein alter Privatunternehmer, der ihnen immer wieder die schönen Fotos aus westlichen Bauzeitungen vor die Augen hielt, und da waren andererseits die vielen Materialschwierigkeiten und ähnlichen Sorgen bei uns. Martin Juchel war davon überzeugt, daß all diese Hindernisse überwunden würden. Aber er wußte selbst oftmals noch keinen Weg.

Und wieder schickte ihn unser Staat auf die Schulbank. Er wurde Student an der Technischen Hochschule Dresden. Hier vertiefte er seine praktischen Erfahrungen durch ein gründliches Fachstudium und durch die Beschäftigung mit der Wissenschaft vom Aufbau des Sozialismus. Am Ende seines Studiums verließ er seine Diplomarbeit, die sich mit der Neuplanung des VEB Glashütte Uhrenbetriebe beschäftigte und die mit der Note „sehr gut“ bewertet wurde. Er wurde Assistent am Lehrstuhl für Werklehre und Entwerfen (Prof. Wiel) an der Fakultät Bauwesen.

Kurze Zeit danach stellte er den Antrag um Aufnahme als Kandidat in die Partei der Arbeiterklasse, die Partei des Volkes. Es war, wie er mir sagte, die Verwirklichung eines schon seit längerer Zeit herabgeleiteten Entschlusses. Und die Entwicklung Martin Juchels bestätigt dies. Sein Antrag um Aufnahme in die Partei war das folgerichtige Ergebnis seines bisherigen Lebensweges vom Kind armer Bauern über den Maurergehilfen und den Bauingenieur zum Diplomingenieur.

Enthält die bisherige Entwicklung Martin Juchels wirklich so wenig Typisches für das Leben in unserem Arbeiter- und Bauern-Staat?

Siehl wenigen Wochen ist Diplomingenieur Martin Juchel, Assistent am Lehrstuhl für Werklehre und Entwerfen von Professor Wiel, Kandidat der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands. Als ich ihn am Telefon bat, mich doch einmal zu berichten, wie er „Genosse“ wurde, wehrte er zunächst bescheiden ab: Seine Entwicklung enthalte durchaus nicht so Typisches, wie ich es vielleicht erwartete. Nun sitze ich ihm gegenüber, und er erzählt, ruhig, überlegen, ein wenig zurückhaltend, aber dennoch offen: Seine Eltern waren kleine Bauern in der Gemeinde Breslack im Kreis Kleinheubitzstadt. Da der Grundbesitz zu gering war, um die ganze Familie ernähren zu können, erlernte er nach dem Besuch der Grundschule den Beruf eines Maurers. Seine ersten „Löhne“ auf dem Wege zum Sozialismus waren Arbeiter. Allerdings hätte er sich damals - in den Jahren 1948/49 - er Arbeit zu dieser Zeit noch in einem Privatbetrieb, sicherlich noch dagegen gewehrt, sie als Lohn anzunehmen, was kann mich noch gut daran erinnern, ge-

zählt Genosse Juchel, wie schon damals die Genossen von unserer Perspektive in der eben erst gegründeten DDR sprachen, und ich habe herzlich mitgelacht, wenn sie behaupteten, auf unserer Seite läge die Zukunft Deutschlands. Immerhin war es doch eine Zeit, in der man sich viele einfache Dinge des Massenbedarfs noch schwarz aus dem Westen besorgte.“

Kritik an der Fachschule, die er anschließend besuchte, wurde dem jungen Maurer klar, daß die Genossen im Betrieb, auch wenn sie als einfache Arbeiter erklärt werden können und die Wahrheit oft nur in Form allgemeiner Lösungen ausgedrückt hatten, doch im Recht gewesen waren. „Der Unterricht über die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung ließ mich vieles klarer erkennen, was ich bisher nicht verstanden hatte“, sagt Genosse Juchel zu mir.

Nun kamen persönliche Erfahrungen: Daheim rackerten sich die Eltern bei der Bestellung des kleinen Ackers ab. Und auch sie Mitglieder des LPG

Wissenschaft - für wen?

Jeder Mensch würde lachen, wenn ich behauptete, es gäbe einen ost-deutschen pythagoreischen Lehrsatz und einen westdeutschen pythagoreischen Lehrsatz. Solch eine Behauptung wäre Unsinn. Gleichfalls unsinnig wäre die Feststellung, in der Deutschen Demokratischen Republik hieße die chemische Formel für Wasser anders als H₂O.

Warum ich so beginne, wird der Leser fragen. - Deshalb, weil es Meinungen an der TU gibt, die Ergebnisse der 14. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands trüge die große Gefahr in sich, damit die einheitliche deutsche Wissenschaft zu spalten.

Wir als Marxisten-Leninisten treten immer für die absolute Wahrheit wissenschaftlicher Erkenntnisse ein und werden immer dafür eintreten, weil das unserer Weltanschauung entspricht. Gleichzeitig betonen wir aber, daß jede Wissenschaft klassengebunden ist und daß jede wissenschaftliche Erkenntnis nicht frei von Gegensätzen sein kann, die sich im Leben der Menschheit bewegen. Und genau hier ist der Ausgangspunkt, bei dem manche einen großen Fehler machen: Sie sehen nicht den Unterschied zwischen der Wissenschaft in unserer Deutschen Demokratischen Republik und der in Westdeutschland.

Jeder Wissenschaftler bei uns stellt seine großen Leistungen und Forschungsergebnisse in den Dienst des Volkes, er stärkt damit unseren Arbeiter- und Bauern-Staat, er ist somit ein Kämpfer für den Frieden, während jeder Wissenschaftler in Westdeutschland - bewußt oder unbewußt - seine Arbeit den Profitinteressen der Monopole unterordnen muß. In diesem Zusammenhang muß man die traurige Tatsache sehen, daß die deutsche, ich möchte betonen, die gesamtdeutsche Wissenschaft für die Kriegsverbrechen des Hitler-Faschismus, für die Vernichtung alles Menschlichen mißbraucht worden ist.

Es gibt gewiß nicht einen einzigen unter unseren Herren Professoren und Angehörigen der wissenschaftlichen Nachwuchs, die derartigen Zielen ihre wissenschaftliche Arbeit widern bereit wären. Ganz im Gegenteil, sie sind davon überzeugt, daß ihre wissenschaftliche Arbeit stets eng mit dem Begriff des Humanismus verbunden ist.

Kann man von diesem Standpunkt aus noch sagen, daß es heute eine einheitliche deutsche Wissenschaft gäbe?

Tatsache ist, daß eine einheitliche gesamtdeutsche Wissenschaft humanistischen Charakters erst geschaffen werden muß und geschaffen wird. Das kann aber erst dann sein, wenn die friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland gesiegt haben, wenn ein für allemal auf deutschem Boden der Mißbrauch wissenschaftlicher Arbeit unmöglich ist. Die Voraussetzung dafür ist die Überwindung des Imperialismus und Militarismus in Westdeutschland.

Fichte schon forderte vom Wissenschaftler, den Blick auf die Zukunft der Gesellschaft zu richten, indem er sagte: „Er (der Gelehrte -bk.) sieht nicht bloß das Gegenwärtige, er sieht auch das Künftige; er sieht nicht bloß den jetzigen Standpunkt, er sieht auch, wohin das Menschengeschlecht nunmehr schreiten muß, wenn es auf dem Wege zu seinem letzten Ziel bleiben und nicht von demselben abirren oder auf ihm zurückgehen soll.“

Berufungen

- Ernannt wurden mit Wirkung vom 1. November 1961:
Herr Dr. phil. Werner Strauß zum Dozenten für das Fachgebiet Wissenschaftlicher Sozialismus am Institut für Marxismus-Leninismus;
vom 1. Januar 1962:
Herr Professor Dr.-Ing. habil. Klaus Lunze zum Professor mit vollem Lehrauftrag für das Fachgebiet Allgemeine Elektrotechnik.
Frau Professor Dr. rer. nat. habil. Maria Hasse zum Professor mit vollem Lehrauftrag für das Fachgebiet Reine Mathematik.
Herr Dr.-Ing. habil. Günter Zumppe zum Dozenten für Spezielle Probleme der Baumechanik in der Fakultät für Bauwesen.
Herr Dr.-Ing. Werner Brandler zum Dozenten für das Fachgebiet Transformatoren und Meßwandler in der Fakultät für Elektrotechnik.
Mit Wirkung vom 1. November 1961 wurde Herr Dr. rer. oec. Gustav Körner mit der Wahrnehmung einer Dozentur für Politische Ökonomie am Institut für Marxismus-Leninismus beauftragt.
Herr Professor Dipl.-Ing. Arpad Kussmann wurde mit Zustimmung des Staatssekretariats zum Direktor des Instituts für Technische Bauhygiene und Bautechnik ernannt.
Nach Gründung des Lohmann-Instituts für Geodätische Astronomie wurde Herr Professor Dr. phil. habil. Hans-Ulrich Sandig zum Direktor des genannten Instituts ernannt.
Herr Professor Dr. rer. nat. Fritz Meißner wurde zum Direktor des Instituts für Zellstoff- und Papierchemie in der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften ernannt.
Das Geodätische Institut der Fakultät für Forstwirtschaft wurde in „Institut für forstliche Geodäsie und Photogrammetrie“ umbenannt.
Herr Professor Dr.-Ing. Bredendick wurde als Produzent der Fakultät für Technologie bestellungs-